

27.10.2006

Eine Lanze für die Freiheit

Ein Schweizer Wissenschaftler beschloss vor nicht so langer Zeit eine Diskussion mit deutschen Kollegen und Politikern über das Thema Föderalismus mit dem Stoßseufzer: „Ich glaube, Ihr Deutschen liebt die Freiheit nicht!“ Eine erschreckende Feststellung.

Je länger ich aber über diesen Satz nachdenke, desto mehr komme ich zu der Überzeugung, dass unser Schweizer Freund ein wichtiges Thema berührt hatte. Denn was er meinte, war jener Aspekt von Freiheit, der die Ergebnisoffenheit, die Nicht-Berechenbarkeit der Folgen von Freiheit beinhaltet. Man kann es auch einfacher sagen: Er meinte die deutsche Scheu vor dem mit Freiheit verbundenen Risiko. Als ich ihn so verstand, musste ich ihm widerwillig Recht geben.

Natürlich haben die Deutschen nichts gegen die Freiheit. Aber wenn sie nicht wissen, was am Ende bei dieser Freiheit herauskommt, dann ist ihnen eine berechenbare Ordnung allemal lieber. Wenn man nicht beides haben kann, hält man sich lieber an das, was mehr Sicherheit bietet.

Besonders ins Auge fallend ist diese Risikoscheu bei einem Thema, das im weiteren Sinne ebenfalls zum Komplex Freiheit gehört: dem Föderalismus.

Dass dezentrale Verantwortung nämlich nicht ohne Wettbewerb zu haben ist, und dass die Freiheit der Gebietskörperschaften dann auch Wettbewerb erzeugt, wird gern übersehen, notfalls aber auch einfach nicht akzeptiert. Deswegen möchten viele regionale Politiker in Deutschland zwar die Freiheit der Entscheidungen für sich, aber nicht das Risiko der Konsequenzen. Dann soll der Bund am Ende bezahlen, was die Länder oder Kommunen für richtig gehalten hatten zu entscheiden. Und dann soll der Bund die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ eben verantworten!

Die Globalisierung, die so viele Chancen, aber eben auch so viele Probleme bringt, ist im Kern eine ständige Ausweitung menschlicher Freiheiten. Und auf diese wachsenden Freiheiten in der Welt können wir erfolgreich nur mit ebenfalls mehr Freiheit im eigenen Land antworten. Wenn eine Vielzahl von Lösungsansätzen zugelassen wird und diese dann miteinander in Wettbewerb treten, wird sich schneller als mit jeder anderen Methode herausstellen, welche Lösung im Prozess der Globalisierung die beste ist. Das wird in der Regel dann dazu führen, dass diese Lösung sich auch durchsetzt. Auch ein solches Ergebnis wird allerdings nie von Dauer sein – denn die wachsenden Freiheiten in der Welt führen zu immer neuen Herausforderungen an unsere Phantasie, Initiative und unseren Mut.

Ich will dazu ein Beispiel aus meiner eigenen politischen Erfahrung anführen. Als ich Mitglied der letzten großen Koalition in den 1960er Jahren war, führten wir die „Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung“ ein, die dem Bund eine Handhabe zur Verbesserung durch Vereinheitlichung der Bildungspolitiken in den Ländern geben sollte. Es hat nicht funktioniert; weil in aller Regel, die Länder sich widersetzten, deren Regierungen parteipolitisch anders gefärbt waren als die jeweilige Bundesregierung. Dann galt eben nur der kleinste gemeinsame Nenner.

Dagegen haben dann später die Pisa-Studien, die eine Rangfolge und damit eine Wettbewerbssituation unter den Ländern herstellten, in kürzester Zeit erhebliche Anstrengungen der Länder ausgelöst. Ihre Position – und das heißt hier: ihre Bildungspolitik – hat Pisa, nicht aber die Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung verbessert. Ich kann mir angesichts dieser Erfahrungen die Nostalgie nach mehr bundeszentraler Steuerung der Bildungspolitik, die bei der Diskussion um die Föderalismusreform wieder zutage getreten ist, nur noch mit einer mangelnden Bereitschaft zu lernen, erklären.

Jeder Föderalismus ist nämlich begriffsnotwendig Wettbewerb. Deswegen ist auch die Ablehnung eines „Wettbewerbsföderalismus“ unsinnig. Wenn es der Sinn föderaler Organisation ist, nicht alles gleichzumachen, von einer fernen Zentrale aus vorzuschreiben, sondern Vielfalt der regionalen Lösungen zu ermöglichen, dann ist Wettbewerb zwischen diesen Lösungsansätzen immer das Ergebnis regionaler Initiativen. Was sich, in aller Regel, höchst segensreich auswirkt. Siehe zum Beispiel die Schweiz.

Ein Missverständnis, auf das man in diesem Zusammenhang häufig stößt, geht dahin, dass Wettbewerb

zwischen politischen Einheiten nur dann möglich sei, wenn schon gleiche Ausgangsniveaus („gleiche Augenhöhe“) gegeben seien. Dieses Argument wäre richtig für einen Wettbewerb, der nur in einer einzigen Dimension stattfindet, wie zum Beispiel ein Wettlauf zwischen Läufern auf einer durch ihre Länge definierten Strecke (aber selbst da kann man ja aufholen!). Politische Einheiten konkurrieren aber auf einer Vielzahl von Feldern miteinander, und der Wettbewerb zwischen ihnen besteht wesentlich darin, mit besseren Ideen und besonderer Kraft die jeweils individuellen Möglichkeiten und Stärken auszuspielen, um sich so gegenüber den anderen zu behaupten. Ich begegne dem Einwand der „gleichen Augenhöhe“ gerne mit dem Hinweis auf Bill Gates: Hätte er sich gegenüber IBM auf diesen Standpunkt gestellt, säße Microsoft heute noch in einer Garage.

Es ist klar: Der Großteil unserer Landsleute muss noch von den Vorteilen des politischen Wettbewerbs überzeugt werden. Der Konvent für Deutschland hat sich diese äußerst schwierige Aufgabe als eine Aufgabe der Freiheit in Deutschland vorgenommen: Er tut das in seinen Kräften Stehende, die Botschaft von der produktiven Kraft der Freiheit unter die Leute zu bringen.

Wir sollten alles daransetzen, den Schweizer Kollegen zu widerlegen.

Klaus von Dohnanyi, ehemaliger Erster Bürgermeister von Hamburg, engagiert sich unter anderem mit Altbundespräsident Roman Herzog im „Konvent für Deutschland“. Der Beitrag ist der Aufsatzsammlung „Reform der Reformfähigkeit Deutschlands“ entnommen, der in Kürze erscheint.